

presse

Europaratsmitglied Aserbaidshan muss Verpflichtungen einhalten

Anlässlich der vom Menschenrechtsausschuss verabschiedeten Entschließung zu Aserbaidshan erklärt der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Berichterstatter des Europarates über politische Gefangene Christoph Strässer:

Der Menschenrechtsausschuss des Bundestags hat eine Entschließung verabschiedet, in der er Aserbaidshan auffordert, sich als Mitglied des Europarates an die eingegangenen Verpflichtungen zu halten. Christoph Strässer fordert angesichts der problematischen Lage in dem Land, dass es sich konstruktiv an der Umsetzung des Mandats zu politischen Gefangenen mitwirkt und sich auf einen Dialog einsetzt.

In seiner Sitzung vom 9. November hat der Menschenrechtsausschuss des Bundestages eine Entschließung verabschiedet, in der er Aserbaidshan auffordert, sich als Mitglied des Europarates an die eingegangenen Verpflichtungen zu halten. Dies bedeutet auch die Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit mir als dem vom Europarat mandatierten Berichterstatter über politische Gefangene. Zu diesem Zweck hat mich der Rechtsausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu einer Informationsreise nach Aserbaidshan beauftragt. Aserbaidshan jedoch hat weder eine Einladung ausgesprochen noch ein Einreisevisum erteilt, obwohl dies dreimal beantragt wurde. Dies widerspricht den Regeln des Europarates.

Die Menschenrechtslage in Aserbaidshan ist problematisch. So gibt es rund 50

mutmaßliche politische Gefangene - Oppositionelle, Journalisten und Blogger, die von ihrem Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit Gebrauch gemacht haben. Als Mitglied des Europarates ist Aserbaidshan verpflichtet, die Europäische Menschenrechtskonvention einzuhalten, die diese Rechte garantiert. Aserbaidshan selbst vertritt die Position, dass es keine politischen Gefangenen im Land gibt.

Aserbaidshan bekennt sich zu seiner Dialogfähigkeit auch in kritischen Fragen. Deshalb sollte das Land konstruktiv an der Umsetzung des Mandats zu politischen Gefangenen mitwirken und sich auf einen Dialog einlassen. Auf diese Weise würden die Menschenrechtslage und Demokratisierung im Land gestärkt. Eine dauerhafte Blockadehaltung im Europarat würde nur all jene bestätigen, die Aserbaidshan für dialog- und reformunwillig halten.